

Bezugspreis:

Für den Monat August 20.— M. voraus zahlbar. Unver Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 12.— M. für das übrige Ausland 17.— M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: D 2001 292-293 und 2506-2507

Sonnabend, den 5. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: D 2001 2506-2507

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile kostet 25.— M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Deutschlands Antwort an Poincaré.

Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der französischen Regierung in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen lautet:

Herr Ministerpräsident!

Eurer Excellenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 1. August 1922 zu bekräftigen.

Die Reparationskommission hat auf den Antrag der Deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen mit Schreiben vom 13. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August 1922 treffen und mitteilen wird.

Die königlich-großbritannische Regierung hat auf den Antrag der Deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf Herabsetzung der monatlichen Ausgleichszahlungen mit Schreiben vom 26. Juli 1922 geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage bald mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um der Deutschen Regierung eine Antwort im Namen der Gesamtheit der beteiligten Mächte zugehen zu lassen. Die königlich-belgische Regierung hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auf diesen Antrag zur selben Zeit wie über das Gesuch um ein Moratorium für die Reparationszahlungen äußern werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefälligen Kenntnis Ihrer Excellenz beizufügen. Die Deutsche Regierung kann annehmen, daß bereits vor dem 15. August 1922 eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird.

Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli 1922 im Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein. Auf die Frage der Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner zu der finanziellen Abdeckung der Ausgleichszahlungen wird die deutsche Regierung in ihrer Äußerung zu der Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August 1922 vorbehalten hat, besonders eingegangen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichesat vorliegender Gesetzentwurf eine Veränderung des Verrechnungssystems vorsieht, nach welcher insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Eurer Excellenz bezeichnen die in Ihrer Note vom 26. Juli 1922 angeforderten Maßnahmen namentlich als „Rekorisationsmaßnahmen“. Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses rechtslos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debitsalden wieder Anwendung finden würden. Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten Mächten lediglich ein Pfandrecht an den Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angeforderten Rekorisationsmaßnahmen widersprechen, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist.

Seit Ihrer Excellenz Note vom 26. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert; die Mark ist inzwischen bis auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung eindringlichst der Erwägung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen.

Die deutsche Antwort überreicht.

Paris, 5. August. (WZB.) Die deutsche Antwortnote über die Ausgleichszahlungen ist der französischen Regierung durch den deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat von Hoch, um 11 Uhr überreicht worden.

Der Bankrott des Friedensvertrages.

Paris, 5. August. (WZB.) Robert de Soussol, der Chefredakteur des „Oeuvre“ schreibt in bezug auf die wegen der Ausgleichszahlungen Deutschlands angebotenen Zwangsmassnahmen: Wir werden einen der ernstesten politischen Akte vollbringen, die seit Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles durchgeführt wurden. Wir stellen das Schicksal unserer Nation aufs Spiel. Wir werden gegen die Welt im Namen

unseres Rechtes handeln, aber durch unsere Macht, und gegenüber einer solchen Gefahr haben wir nur die einzige und sichere Hoffnung, monatlich ungefähr eine Summe zu erhalten, die dem entspricht, was wir wöchentlich für die Unterhaltung unseres Heeres ausgeben. Das ist die letzte Konsequenz des Friedensvertrages von Versailles. Die Schuldner bringen nicht einmal mehr die Kosten für die ein, die den Zwang durchzuführen. Am Vorabend des Tages, an dem Frankreich diese letzte Erfahrung versuchen will, hat Horne daran erinnert, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand 415 Millionen Pfund Sterling Sterling hat. Das sind ungefähr 20 Milliarden Franc, wovon die Hälfte Frankreichs und Englands fast vollkommen durch die Besatzungskosten aufgezehrt worden sind. Wie haben kaum noch Hoffnung, daß die künftigen Zahlungen beglichen werden können. Nur die Kosten für den Zwang vermindern sich nicht wahrhaftig, der Friedensvertrag von Versailles hat bankrott gemacht.

Poincarés Plan für London.

Paris, 5. August. (WZB.) Die Agence Havas verbreitet folgende Meldung: Die diplomatischen Kreise bewahren auch weiterhin das strengste Schweigen über die französische Auffassung, die Poincaré am Montag in London vor den Alliierten vortragen wird. In gewissen politischen Kreisen, die im allgemeinen gut unterrichtet sind, versichert man jedoch, das Geheimnis der Absicht der Regierung durchsicht zu haben. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Gegenstandes ist es unmöglich, diese Annahme allzuwichtig zu übergehen, die, wie es nicht unwahrscheinlich ist, sich im Laufe der Besprechungen verwirklichen wird.

Wenn es auch offensichtlich ist, daß Deutschland einen großen Teil der Verantwortung an seinem finanziellen Zusammenbruch trägt, so scheint es doch schwierig, die Feststellung bestimmter

Konflikttreiben in Bayern.

Verchenfeld darf nicht nach Berlin?

Nach einer Meldung der offiziellen „Bayerischen Staatszeitung“ sind „alle Nachrichten über eine Reise Verchenfelds jetzt nach Berlin aus der Luft gegriffen“. Weder eine Einladung noch eine Absicht zu einer solchen Reise sei vorhanden. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei hatte zuvor die Einladung nach Berlin als „eine Spitze gegen Bayern“ bezeichnet.

Die neueste Nachricht kann nur so aufgefaßt werden, daß die bayerischen Konflikttreiber dem Grafen Verchenfeld eine Reise nach Berlin nicht gestatten, weil sie eben nicht Verhandlungen, sondern den Konflikt wollen. Der bayerische Ministerpräsident, der ein Gefangener dieser Treiber ist, findet sich auch mit dieser Tatsache ab, er läßt sich nur das Loch offen, daß er jetzt nicht nach Berlin kommen werde. Aber vielleicht etwas später, wenn nicht als aktiver bayerischer Ministerpräsident, so als Ministerpräsident a. D.

Graf Verchenfeld und alle besonnenen Kreise in Bayern werden sich allerdings darüber im Klaren sein, daß ein absichtliches Ausweichen vor den von Berlin angeregten Verhandlungen den Konflikt unbedingt herbeiführen muß, den vermeiden zu wollen, auch die bayerische Regierung fortdauernd versichert. Der Reichspräsident hat in seinem Schreiben an den Grafen Verchenfeld in allem Ernste darauf hingewiesen, daß er als Hüter der Reichsverfassung die Pflicht habe, die Durchführung der verfassungsmäßig zustand gekommenen Reichsgesetze zu sichern. Zu dieser Pflicht gehört auch die gesehene Verordnung der bayerischen Regierung von sich aus aufzuheben. Der freundschaftliche Gedanke, die für Bayern bittere Wille dadurch zu versüßen, daß man die Aufhebung der bayerischen Regierung selbst überläßt, darf nicht dahingedeutet werden, daß man dem bayerischen Spiel talentlos zuzusehen beabsichtigt. Persönliche Verhandlungen könnten die an sich notwendigen Schritte erleichtern, und deshalb wird Verchenfeld gut tun, seiner Gefangenschaft zu entfliehen. Gelingt ihm das nicht, so wird der Reichspräsident in Erfüllung seiner beschworenen Pflicht die Aufhebung der verfassungswidrigen Verordnung verlangen und auf ihr bis in alle Konsequenzen hinein bestehen müssen.

In der Schlussitzung des bayerischen Landtages hat der Präsident Königsbauer noch einmal die „absolute Reichstreue“ der Bayern feierlich versichert. Diese „absolute Reichstreue“ läßt sich schwer mit der Tatsache vereinigen, daß man auf die Reichsverfassung pflegt. Darüber muß in Bayern und zwischen Bayern und dem Reich vollkommene Klarheit geschaffen werden.

Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sie die bayerische Regierung über den Ernst und die Festigkeit ihrer Absichten nicht im Zweifel läßt.

Tatsachen zu verlangen, die juristisch einen absichtlichen Verstoß gegen den Vertrag in der Vergangenheit beweisen. Infolgedessen könnte Deutschland ein kurzfristiger Zahlungsausschub von vier bis acht Wochen für die nächsten Zahlungen gewährt werden. Während dieser Zeit müßte jedoch Deutschland in einwandfreier Weise Beweise seines guten Willens dadurch geben, daß es einen sehr vollständigen Plan finanzieller Reformen annimmt und veröffentlicht: Geldreform, Zollkontrolle usw. Gleichzeitig müßte die allgemeine Hypothek auf Deutschland, welche die Alliierten nach dem Friedensvertrag besitzen, in Kraft treten, wie Abgabe von 26 Proz. des Kapitals der deutschen Industrieunternehmen, Inbetriebnahme und sogar Abtreibung der staatlichen Bergwerke und Forsten auf dem linken Rheinufer. Sollte sich Deutschland weigern, sich diesen Maßnahmen zu unterwerfen, oder Schwierigkeiten machen, so würde diesmal ein freiwilliger Verstoß offen zutage liegen, und die Alliierten hätten kein anderes Mittel nach Ablauf des festgesetzten Termins als Zwangsmaßnahmen im Rheinland und Ruhrgebiet zu treffen, besonders durch die Ueberwachung der Transportmittel. In diesem Falle wird die französische Regierung, wie man versichert, unter voller eigener Verantwortung vorgehen, da sie diese Kontrolle als unerlässlich betrachtet. Das wäre im allgemeinen der französische Plan.

Man kann feststellen, so schließt die Havas-Meldung, daß, wenn der französische Plan sich wirklich so verhält, keine Rede von den inkaskierten Schulden ist, da das Problem, d. h. entweder ihre Regelung oder der Ausgleich, zweifellos ein Gegenstand ist, der stark mit der Frage der Reparation zusammenhängt.

Keynes über die Reparationen.

Endgültige Regelung erst im nächsten Jahr.

London, 5. August. (WZB.) In einer liberalen Versammlung in Oxford antwortete Asquith auf die große parlamentarische Rede Lloyd Georges über die Reparationsfrage und sagte, es sei erfreulich, daß Lloyd George jetzt endlich den britischen Steuerzahler erlöst habe. Was dieser Steuerzahler vor allem brauche, sei eine schnelle und klare Regelung der wirtschaftlichen Lage Europas.

Hierauf hielt Keynes eine Rede, in der er ausführte, er habe nichts an der Bassounete auszusetzen, vorausgesetzt, daß sie der erste und nicht der letzte Schockzug Großbritanniens sei. Die Note sei in der Hauptsache an Frankreich gerichtet. Sie sei eine notwendige Antwort auf die Versuchsballon Poincarés in der „Times“ und anderswo, die darauf hinausgingen, daß England auf seine Ansprüche verzichten und dafür nichts erhalten solle. Die unvernünftige Politik der Alliierten während der letzten vier Jahre habe Deutschland finanziell so ruiniert, daß es im Augenblick überhaupt nichts zahlen könne, und es sei sicher, daß für eine längere oder längere Zeit nichts anderes übrig bliebe, als ein Moratorium zu gewähren. Poincaré sei offensichtlich bereit, die Bonds der Serie C zu annullieren, vorausgesetzt, daß Großbritannien Frankreich seine Schulden erlassen und auf seinen Anteil verzichten werde. Aber die Bonds der Serie C seien „reines Wasser“. Keynes sagte, daß die endgültige Regelung bis zum nächsten Jahr verschoben werden müsse, wo nach gehöriger Vorbereitung eine große Konferenz für das ganze Problem der zwischenstaatlichen Schulden abgehalten werden sollte, an der auch Vertreter der Vereinigten Staaten teilnehmen müßten und die vielleicht in Washington stattfinden könnte. Eine internationale Anleihe großen Umfanges sei seines Erachtens eine ebenso große Illusion wie Reparationen großen Umfanges. Frankreich könne einem kurzen Moratorium zustimmen, das sei kein großes Opfer. Die Ansprüche auf Pensionen müßten aufgehoben, die Befehung des Rheingebietes für beendet erklärt werden. Wenn Frankreich die Bedingungen zustimmen werde, was in seinem Interesse liege, so würde es richtig sein, daß Großbritannien und die anderen Alliierten ihre Schulden erlassen.

Keynes sagte, die internationale Anleihe könne nicht zustandekommen, und wenn sie zustandekäme, würde sie verhängnisvolle Verwirrung anrichten.

Der Gedanke, daß der Rest der Welt Deutschland zum Zwecke der Zahlung an Frankreich 100 Proz. seiner flüssigen Ersparnisse leihen würde, sei unsinnig.

Die höchste Zahl, die mir von einem zuverlässigen Fachmann genannt wurde, wäre 100 Millionen Pfund Sterling, aber ich glaube, auch diese Zahl ist noch zu hoch gegriffen. Eine Anleihe von 50 bis 100 Millionen Pfund Sterling — auch diese Zahl ist sehr optimistisch — würde Deutschlands Verpflichtungen nach dem Londoner Plan nur für vier bis sechs Monate decken. Von einer solchen Anleihe würde nach Befriedigung der belgischen Vorrechte für Frankreich nichts Beträchtliches übrigbleiben. Ich sehe also keine Möglichkeit einer endgültigen Regelung mit Poincaré in naher Zukunft.

Leeres Geschrei und Kopfslosigkeit.

Kommunistische Selbstkritik.

In der „Roten Fahne“ unterzieht L. Domstl-Barschau die ziellose Aktion der KPD nach der Ermordung Rathenau der herbsten Kritik, indem er u. a. schreibt:

Die Sozialdemokraten sagten einfach: die Kommunisten verlangen Unmögliches, sie wollen die Massen aufputschen. Und sie hatten recht. Die Erfüllung der Berliner Forderungen war unmöglich ohne eine Revolution. Und die Revolution wird am wenigsten dadurch gemacht, daß man von ihr schweigt und die Einheitsfront mit den Konterrevolutionären macht.

Natürlich verdonnern wir jetzt die Sozialdemokraten und beweisen den Massen, daß sie Verräter sind. Die Masse kann uns aber fragen: Wer hieß Euch denn, mit den Verrätern die Einheitsfront zu machen? Wer stellte die Kritik zurück? Ist das der Reinsfall der Arbeitermässen oder der kommunistischen Partei?

Aber die Masse fragt nicht einmal das. Sie hat die Strafe verlossen, und sie interessiert sich nicht mehr für die Politik. Wenn sie aber wieder auf die Strafe tritt, dann — dann werden wir ihr sagen: „Einheitsfront! Die Kritik wird zurückgestellt!“ Und die Geschichte wird von vorne beginnen.

Wir hatten nicht einmal Klarheit genug, das Ende der Aktion zu bemerken. Die Aktion war verraten, gebrochen, wir aber speisten die Arbeiter mit Illusionen ab und schrieben mit großen Buchstaben: „Handeln! Handeln! Wir rufen Euch zur Tat Handeln!“ Dieses leere Geschrei zeigte nur unsere Kopfslosigkeit.

Es ist möglich, daß die Willkür der Kommunisten, seit sie die Strafe verlassen haben, sich nicht mehr für Politik interessieren, aber die wirkliche Masse der Arbeiter ist doch reifer und weiß, daß man Politik auch anderswo als auf der Straße machen kann. Im übrigen charakterisiert Domstl seine Freunde mit ihrem leeren Geschrei, ihrer Kopfslosigkeit, ihren ewig wechselnden widerspruchsvollen Parolen ganz richtig, nur den Kern des Übels erkennt er nicht. Er sagt darin, daß die Kommunisten selber heute von einer „Revolution“ im Sinne einer gewaltsamen Umsturz Bewegung gegen die demokratische Republik nichts anderes erwarten als einen Sieg der äußersten Reaktion, daß sie aber nicht den Mut haben, ihren Anhängern darüber reinen Wein einzuschenken. Denn daraus würden sie ja den Schluss ziehen, daß die Arbeiter auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und der nüchternen Gewerkschaftsarbeit Erfolge suchen müssen, d. h. auf den Wegen, die die Sozialdemokratie ihnen zeigt.

Die KPD lebt nur noch von der Verschönerung einer Wahrheit, die auch ihren Anhängern auf die Dauer nicht verborgen bleiben kann. Aber wie schlecht sie davon lebt, zeigt Domstls zutreffende Kritik.

Severing über die Geheimbünde.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat einem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ einige Angaben über die von ihm bisher unternommenen Schritte zur Bekämpfung der Nordpropaganda gemacht. Er betonte, daß er immer nur eingeschritten sei, wenn ein lächerliches Beweismaterial ergab, daß die Tätigkeit der Vereine oder Bünde gegen das Gesetz verstoße und ein Verbot unbedingt notwendig sei. Bisher sind von ihm verboten worden der „Verband nationalsozialistischer Soldaten“, der „Bund der Aufrechten“, der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ und der Verein „Stahlhelm“, außerdem kürzlich noch die Jugendvereine „Die Knappenschaft“.

Severing sagte weiter:

Ich bin auch genötigt, gegen den Deutschnationalen Jugendbund vorzugehen, gegen den jetzt ebenfalls ein erdrückendes Material vorliegt. Die Sache liegt in fast allen Fällen so, daß neben der offiziellen Organisation des Vereins noch eine illegale besteht, neben dem offiziellen Vorstand der Gruppe Vertrauensmänner, in deren Hand Listen der zuverlässigen Mitglieder mit Angabe der Waffengattung, in der sie ausgebildet sind, und dergleichen sich befinden. Es ist auch festgestellt, daß bei einzelnen Organisationen sogenannte Nordkommandos bestehen und daß die Organisationen zwar nicht offiziell, aber doch durch Gruppen, die ihnen angehören, an Nordanschlägen beteiligt sind.

Der Quartalsvegetarier.

Von Tobias's Pemberlein.

Es ist ein Kreuz mit dem Wroteskenfchreiben. Stoff habe ich ja genug, in Fülle und Fülle, möchte ich sagen, aber — aber — aber mag mich seine Freunde alleamt in die Wurst haben. Es ist gräßlich. Meiner Freund Paul habe ich hier verarztet und er schläft leidlich mit Dum-Dum-Patronen nach mir. Mein Freund Erich Käse hat mir eminent gegollt, bis ich ihn „Circul Chamembert“ umtaufte. Meine Tante Wale hat mich enterbt, ich kriege also die Kommode nicht.

Heute kommt Alois Dontje dran. Dontje, sei mir nicht böse, es ist mein Brot!

Alois: Alois Dontje hat eine ethische Ader, die wo häufig einmal platzt. Das ist dann immer sehr schlimm. Es kommt sehr plötzlich bei ihm. Wir sitzen in einem Kaffeehaus, in trivialen Gesprächen verfunken — auf einmal spielt die Musik „Solweigs Lied“ und es ist um Alois Dontje geschehen. Eine dicke Träne draust über Dontjes Antlitz Gesichtsböcke und er seufzt:

„Ach, Tobias, ich bin ein sinnlicher Mensch!“

Ich tröste ihn damit, daß so was bei Deuten seines Alters nicht ungewöhnlich sei, aber Dontje kann sich nicht fassen.

„Ich bin selbst daran schuld, Tobias, ich esse zuviel Fleisch. Fleisch weckt Fleischlust — ich habe vorgestern eine Boulette gegessen und gestern Königsberger Fleisch.“

„Aber Voischen, das kann doch nicht.“

„Doch, o doch! Und überhaupt: es ist ein Frevel. Bedenke doch, die Tiere werden auf der Weide und sind alle Geschöpfe dessen, der wo auch uns geschaffen hat. Da kommt plötzlich einer, der haut mit einem großen Hammer den Kopf auf der Weide und am Dasein sich weidenden Geschöpfen auf den Kopf und sie sterben, bis sie tot sind. Die in Verwesung befindlichen Leichen werden von uns gegessen... hui! Zur Strafe werden wir dann sinnlich — es ist (hredlich)“

„Lobes Voischen, das ist der Lauf der Welt. Siehe, es sind wohl Leiden, wo die wir essen, aber sie schmecken doch sehr gut, besonders gebraten, und was die Sinnlichkeit anlangt, so möchte ich sie ebenfalls verwerfen, aber sie macht doch Spaß.“

„Tobias, ich lebe, du freudest. Ich sänge ein neues Leben an. Meinen Leib will ich mit Spinat reinigen und meine Seele per Friedrich Wilhelm fördern. Leb wohl — wenn du mich suchst, ich bin im Vegetarier-Restaurant!“

Natürlich lasse ich ihn laufen; ich sehe nicht ein, warum er nicht ein neues Leben anfangen soll, wenn das alte alle ist. Nach vier Tagen aber padt mich die Reugier, und ich gehe in das vegetarische Restaurant. Dontje sitzt auch richtig dort, hat einen Wasserbrot und fanatische Augen. Vor ihm auf dem Teller, von Letzterem Rüben im Habstreife umgeben, liegt — ein Kotelett.

„Aber Voischen, das ist doch ein Stück Fleisch!“

Dontje lächelt ein alkoholfreies Lächeln.

„Das sieht nur so aus, Tobias, es besteht in Wirklichkeit aus Bohnen.“

Es wäre übrigens falsch, anzunehmen, daß die Spuren überwiegend nach Bayern führen. Es ist auch irrig, zu glauben, daß nur im Osten des Reichs Preußen und in der häufig genannten Provinz Pommern der Hauptstich dieser illegalen Verbände ist. Vielmehr haben wir gerade auch in den westlichen Provinzen zahlreiche gravierende Ermittlungen dieser Art gemacht. Wir ist mitgeteilt worden, daß der wegen Hochverrats (Kriegsverrat) verfolgte Kapitän Ehrhardt von seinem Anwesenstort Innsbruck aus mindestens so oft nach Wilhelmshaven wie nach München abgehört hat. Bemerkenswert ist, daß in besonders vielen Fällen bei Mitgliedern der Ortsgruppen, bei denen Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen stattfanden, Mitteilungen aus dem Generalsstab Ludendorff aufgefunden worden sind. Es handelt sich hierbei entweder um ausführliche Anweisungen oder auch um kurze, auf den ersten Anschein unverfängliche Karten. Es wird auch in beschlagnahmten Papieren des öfteren darauf hingewiesen, daß General Ludendorff möglichst im Hintergrund bleiben müsse und sich nicht kompromittieren dürfe. Festgestellt ist auch, daß zwischen diesen verschiedenen illegalen Organisationen Zusammenhänge bestehen. Das sehr umfangreiche Material wird jetzt gesichtet. Es ist beabsichtigt, Auszüge daraus zu veröffentlichen.

Im Zusammenhang mit diesen Dingen steht auch die zur Dispositionstellung einer Anzahl höherer Verwaltungsbeamten. Ich habe beispielsweise festgestellt, daß in den Regierungsbezirken Osnabrück, Aurich und Münster die an der Spitze stehenden Verwaltungsbeamten dem Treiben der Geheimorganisationen nicht diejenige Aufmerksamkeit geschenkt haben, die unbedingt erforderlich war. Ich bin überzeugt, daß das letzte feste Ausrufen gegen alle verwerflichen illegalen Verbände eine heilsame Wirkung üben und uns die Wiederholung solcher unheilvoller Ereignisse, wie sie die Veranlassung zu den Schutzgeleiten gegeben haben, ersparen wird. Ueber eines müssen wir uns allerdings klar sein: Sollte es noch einmal zu einem Attentat auf prominente und populäre Persönlichkeiten der Republik kommen, dann ist es sehr fraglich, ob es der Reichsregierung noch einmal gelingen wird, die Gegenbewegung gegen diese rechtsradikale Nordpropaganda in den gesetzlichen Schranken zu halten.

Der Minister wiederholte diese Worte mit starkem Nachdruck und fügte hinzu: „Ich sage das im vollen Bewußtsein der Tragweite meiner Worte. Die Stimmung in den Arbeiterkreisen ist mir genau bekannt. Ich weiß aber auch, daß man in sehr rechtsgerichteten Kreisen über den Ernst der Situation nach dieser Richtung hin vollkommen unterrichtet ist. Auch in deutschnationalen Kreisen hat nach kein Anschlag gegen die Republik und ihre Repräsentanten so starken Eindruck und so tiefen Widerwillen hervorgerufen, wie die Ermordung Rathenous. Man hat offenbar auch in diesen Kreisen erkannt, daß man Formen der Opposition und der Agitation mitgemacht oder gebildet hat, die in den Abgrund führen. Ich hoffe deshalb, daß es gelingen wird, die Anhänger des Nordes und der Gewalttat zu isolieren und unschädlich zu machen.“

Wulle soll bleiben.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist zu melden, daß von „herausragender Seite“ im Vorstand der deutschnationalen Partei mit Wulle und v. Graefe wegen ihres Verbleibens in der Partei verhandelt werde. Es könne angenommen werden, daß beide auch diesen Wünschen entsprechen werden. Für die Gründung einer deutschnationalen Partei fehle es diesem Flügel der deutschnationalen offensichtlich an dem unerläßlichen starken Rückhalt in finanzkräftigen Kreisen.

Wenn die Wöllischen also nicht doch noch bei „Anderstassigen“ Anleihen machen wollen, werden sie sich trotz Sonntag doch wieder unter die Fittiche des Herrn Hergt flüchten müssen.

Die verhafteten Attentäter.

Ueber die Verhaftung der Scheidemann-Attentäter erfahren die BPN an zuständiger Stelle folgende Einzelheiten:

Bei den unvollständigen Ermittlungen der Berliner politischen und Kriminalpolizei nach dem Mord an Rathenau und dem Attentat auf Maximilian Harden wurden Hausdurchsuchungen an all dem Ort vorgenommen, die als Sitz der Organisation C in Betracht kamen, darunter auch in Elberfeld. Dort stieß die Nachforschung auf zwei angebliche Kaufleute Karl Deichläger aus Reichenbach in Hessen und Hans Huster aus Elberfeld, die beide offenbar fanatische Rechtsradikale waren und früher der Brigade Ehrhardt angehört hatten. Seit einiger Zeit waren sie aus Elberfeld in aufständiger Weise verschwunden und hatten sich dem ober-schlesischen Selbstschutz angeschlossen. Die Berliner Polizei stellte weiter fest,

daß sich diese beiden Personen zur Zeit des Anschlages auf Scheidemann in Kassel aufgehalten hätten. Sie hätten dort in dem Pensionat einer Frau v. Schlieben gewohnt und sich als Papierreisende ausgegeben, aber keinerlei Geschäft gemacht, sondern nur auf großem Fuße gelebt. Besonders auffällig war, daß sie sich aus Kassel einige Tage vor dem Attentat abgemeldet hätten, aber noch nach dem Attentat dort gesehen worden sind. Die Berliner Polizei hat sich auch Bilder von den Verdächtigen verschafft und sie Scheidemann vorgelegt, der aber die Täter nicht erkannte und auch kaum glaubt, daß er überhaupt in der Lage sein würde, den Attentäter zu rekonstruieren. Ein anderer Tatzeuge glaubt hingegen mit Sicherheit in Huster den Mann wiederzuerkennen, der das Attentat ausgeführt hat.

Diese Beobachtungen und Ermittlungen hat die Berliner Polizei dem Oberstaatsanwalt in Kassel mitgeteilt, dem diese Spur vollkommen neu war und der ihr anfangs sehr zweifelnd gegenüberstand. Die Berliner Polizei hat auch als wahrscheinlich mitgeteilt, daß die Täter sich jetzt wieder in Oberschlesien aufhalten würden. Die weitere Verfolgung lag dann in den Händen der Oberstaatsanwaltschaft in Kassel, deren Beauftragten jetzt die Festnahme der Verdächtigen gelangt zu sein scheint. Daß die Verhafteten nach Berlin gebracht werden, ist offenbar eine Tatsache; es kommt lediglich ihre Ueberführung nach Kassel in Frage.

Reparationskommission für Troquers Plan.

Paris, 4. August. (W.B.) Die Reparationskommission hat den Entwürfen der großen öffentlichen Arbeiten, die von Deutschland auf Reparationskonto ausgeführt werden sollen, grundsätzlich zugestimmt. Die Entwürfe waren im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ausgearbeitet und der Reparationskommission vom Ministerpräsidenten vorgelegt worden. Die Kommission behält sich das Recht vor, ihre endgültige Zustimmung zu erteilen, wenn ihr die Einzelheiten jedes Entwurfes vorgelegt worden sind, wie z. B. die Dauer der Arbeiten, die Verteilung der Lieferung zwischen der französischen und der deutschen Industrie, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeitnehmer bei jedem Unternehmen. Alle diese Ausführungsbedingungen müssen jetzt zwischen der deutschen und der französischen Regierung vereinbart werden. Inzwischen wird der Arbeitsminister die technischen Einzelheiten für die Ausführung der Entwürfe feststellen sowie auch für jedes Unternehmen im einzelnen die Verteilung der Lieferungen prüfen.

Der Schlusakt im Moskauer Prozeß.

Moskau, 5. August. (W.B.) Im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre gelangten nach den Reden der Ankläger die Hauptangeklagten zu Worte. Der Angeklagte der ersten Gruppe, Timofejew, begann seine Verteidigung mit der kategorischen Erklärung, daß die Angeklagten nicht geneigt seien, ihre Tat zu bereuen oder auf ihre Absichten zu verzichten. Timofejew meint, daß die Beziehungen der Partei der Sozialrevolutionäre zu ausländischen Mächten keinen Verrat bedeuteten hätten und nicht mit jenen Personen unterhalten worden seien, von denen die Anklage spricht. Was das Verhältnis zu den Okkupationsgruppen anbelangt, hätten die Ententeeregierungen gewünscht, aus diesen Truppen erobernde Truppen zu machen, während die Sozialrevolutionäre die Okkupanten nur zur Stärkung ihrer eigenen Situation ausnützen wollten, die Sozialrevolutionäre hätten weder in Moskau noch in Kiew von der Entente Geld genommen, auch habe die Partei der Sozialrevolutionäre mit der Entente kein Uebereinkommen über einen gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetfront getroffen. Die Ostfront sei gegen die Deutschen gerichtet gewesen und sollte der Sowjetregierung die Möglichkeit nehmen, die jenseits der Wolga befindlichen deutschen Kriegesgefangenen nach Deutschland zurückzuführen. Die Sozialrevolutionäre seien nach Beendigung des Krieges energische Gegner der Interventionspolitik geworden. Solange sie damit gerechnet hätten, daß es ihnen gelingen werde, ihre eigene Macht zu festigen, hätten sie gegen die Anerkennung der Sowjetregierung durch das Ausland gekämpft. Als aber die Sowjetmacht zu einer allmächtigen Macht geworden sei, hätten sich die Sozialrevolutionäre nicht nur für eine De-facto-, sondern auch für eine De-jure-Anerkennung der Sowjetregierung ausgesprochen.

„Phil. Voischen, wie kann man seinen Bauch veralbern...“
Der Kellner kommt mit der Rechnung:

eine Apfelsuppe	6 M.
ein Blumenkohl	20
zwei Rührei	21
Wahreis mit Zucker	9
gemischtes Gemüse	12
ein Apfelsierkuchen	17
Rüben mit „Kotelett“	18
eine Rote Brühe	5
ein Kompott	8
ein Kopsalat	6
eine dicke Milch	7
vier Semmeln	6
eine Flasche Sinalco	5
10 Prozent	14
	154 M.

„Donnerwetter“, sage ich, als wir die Treppe der „Bomona-Diele“ hinuntersteigen, „bist du denn wenigstens satt?“
Er sieht mich mit einem habirren Blick an: „Von was denn?“
„Armes Voischen“, murle ich in mein schlechtstricktes Kinn — da übermächtig es ihn, er schlägt die Augen, schiebt die Laulade vor und brüllt mit erschütternder Stimme: „Ruuuuu!“

Auf Ehre und Gewissen: eine halbe Stunde später ist mein Voischen neben mir im „Weißen Meer“ und frist (sowohl: frist!) acht Eisbeine hintereinander.
Und eine weitere halbe Stunde später sagt er zu einer Person ungewisselhaft weiblichen Geschlechts: „Na, Schmeiß!“

Es ist kolossal schwer, ein neues Leben anzufangen!

Das Theater in der Kommandantenstraße hat seine Sommerzeit mit einem Lustspiel „Liebe und Trompetenblasen“ von Hans Sturm und Hans Badewitz eröffnet, das als harmlos lustiges Soldatenstück für anspruchsvolle Zuschauer kaum ein kritisches Interesse verdient. Kostüme: Anfang des 18. Jahrhunderts, Blechmützen und so. Der König will einen Offizier zwangsweise verheiraten, der aber nach der Trauung flüchtet und dann gefangen gefetzt wird, woraus er seine zwangsweise Angetraute lieben lernt. Der Chemann wider Willen war Eric Baldermann, stolt, lebenswürdig mit einem Schuß dummer Junge. Hans Juntermann, ein lustiger Festungskommandant, Helene Konshewsta das leidende Fräulein. Die Aufführung war von Friedrich Bode sauber einstudiert und gut inszeniert.

Am die Kulturabgabe. Die Verzögerung, die der im vorigen Jahre so lebhaft in Angriff genommene Plan einer „Kulturabgabe“ erfährt, muß gerade in Zeiten einer so starken und plötzlichen Geldentwertung mit ihren schweren Gefahren für die geistigen Arbeiter Verwunderung erregen. Erst kürzlich hat sich die Gewerkschaft deutscher Tänzer energisch für die weitere Ver-

folgung und Beschleunigung dieses Planes eingesetzt. Doch er bisher scheiterte, liegt an dem Widerstande der Buchhändlerorganisationen. Sie erklären, eine solche Abgabe sollte nicht nur von den Käufern von Büchern, Noten oder Kunstbüchern, von den Besuchern der Theater und Konzerte erhoben werden. Man sollte vielmehr auch alle diejenigen heranziehen, die solchen Beitrag nicht leisten. Es wird da auf das französische Vorbild hingewiesen, wo aus der Luxussteuer von 11 Proz. 1 Proz. als Kulturabgabe abgezweigt wird. Eventuell könnte auch von der allgemeinen Umsatzsteuer etwa ein Zehntel Prozent für Kulturzwecke bestimmt werden. Wie dem aber auch sei: die Not der geistigen Arbeiter, die so oft von der Seite der Regierenden und der Parteien als abblendebedürftig anerkannt worden ist, verlangt einen Schritt zur Durchführung einer solchen Abgabe ohne jeden weiteren Aufschub.

Von der Gurke. Südsucht vergeht, saure Gurke besteht, schrieb vor Jahren Julius Stinde und hatte keine Ahnung, wie sehr er einmal recht behalten würde. Denn die Südsüchte sind vielen von uns wirklich „vergangen“, und nur die saure Gurke ist uns treu geblieben, wenn auch freilich zu kleinen Primadonnenpreisen. Der Nährwert der Gurke hängt in gewissem Sinne immer davon ab, wie sie gegessen wird. An sich ist er nämlich verhältnismäßig gering, sobald aber die Gurke mit Brot, wie überhaupt Wehlagerechten, Fleisch oder Hülsenfrüchten, zusammen gegessen wird, erhöht sich ihr Nährwert beträchtlich. Das kommt davon, daß in den Mineralstoffen der Gurke die basischen Bestandteile den Säuren gegenüber überwiegen, während im Brot, den Wehlagerechten, Fleisch usw. wiederum die Säuren in der Mehrzahl sind. Nun ist nachgewiesen, daß sich diese basischen Bestandteile mit den Säuren zu wertvollen Nährsalzen verbinden, indem sie sie gleichzeitig neutralisieren. Es werden also, wenn wir die Gurke mit einem Stück Brot oder Fleisch verzehren, auf diese Weise nicht nur die Säuren des Brotes durch die Mineralstoffe der Gurke ausgeglichen, sondern beide können sich jetzt zu den dem Körper zugute kommenden Nährsalzen verbinden. — Die Kultur der Gurke reicht bis ins graue Altertum zurück. Schon die Ägypter kannten sie; im vierten Jahrhundert v. Chr. züchteten die Griechen bereits mehrere Sorten feiner Gurken, die sie mit Essig und Senf zu Kochen pflegten, und bei den Römern war die Gurke fast noch mehr geschätzt. Man erzählt sogar, daß Nero und Liberius so leidenschaftliche Gurkenesser waren, daß bei jeder Wahlzeit Gurken auf den kaiserlichen Tisch stehen mußten. In Deutschland dagegen hielt die Gurke erst später ihren Einzug. Obwohl schon bekannt und merkwürdigerweise als „erdapfii“ oder „Erdbapfi“ bezeichnet, wurde die Gurke im Mittelalter noch wenig geschätzt, vom 16. Jahrhundert ab jedoch auch bei uns geschätzt und gepflegt, und sowohl die frische wie auch die saure Gurke gehören heute zu unseren beliebtesten Nahrungsmitteln.

Gesellschaft der Döcke. Dienstag: Deutsches Theater, „Das Glas Baller.“
Iranis-Vorträge. Sonntag u. Freitag: „Das schöne Schwabenland.“ Montag: „Der Dars.“ Dienstag: „Am Schwarzwald.“ Mittwoch u. Donnerstag: „Der Winkelspieler.“ Samstag: „Die Gabel.“

Das Opferfest.

Zweimal im Jahre sieht das ehemalige Weinbergstager in Blandorf bei Josen Rosenfeld aus der Hamitischen Welt. Nicht nur aus Berlin, sondern auch aus Dresden und anderen Städten strömen die Gläubigen herbei, denn die kleine Holzmoschee hat gerade am Ramadan- und Kurban-Bairam eine große Anziehungskraft für sie. Am Freitag war Kurban-Bairam, das Opferfest, und dickweißwollig standen sie da, die Hammel, die auf dem Platz vor der Moschee geschlachtet wurden. Alle umstanden die Opfer und schauten sie an und Europäer photographierten sie sogar, denn die illustrierten Zeitungen wollen Stoff haben.

Manche aber mochten wohl an andere Opfer denken. An Menschenopfer. Ermüdet durch wirtschaftliche Not, hingemordet in den Schlachten. Und schweres Kriegsgewölde steht wieder im Orient. Groß sind die Drangsale der Türkei, der Imam sprach davon, während der Predigt in der Moschee. Das Schicksal des Osmanenreiches jedoch liegt allen Muselmanen am Herzen. Ueber 100 Jahre hat es Krieg. Die Türken haben als Volk bald aufgehört zu existieren, die 17jährigen stehen im Feuer, ein Mann, der mit 25 Jahren noch nicht verheiratet ist, wird bestraft. Wer lernen will, muß ins Ausland fliehen. Die Friedenssehnsucht ist groß.

Einigkeit aber ist möglich, das zeigt sie jedesmal diese Völker, sie sind an den Festen in ehemaligen Lazarettanlagen einfindend. Man sieht Tataren und Araber, Turkestaner und Ägypter, Türken und Indier, Afghanen und Amerikaner! Verschieden durch Hautfarbe, Sprache und Landeseigenschaft. Sie umarmen sich bei ihren Festen. Für alle, ganz gleich, ob reich ob arm, wird in rührender Gastfreundschaft gleich gut gesorgt. Und der Mensch, dem an einem Verstoßen der Völker liegt, freut sich über diese Einigkeit. Mag man sie auf mohammedanischen Festsünden finden, sie sind Beweise der Möglichkeit.

Da klingt ein Militärort in die Ruhe hinein. „Nicht Euch, Augen links.“ Ein türkischer Offizier läßt seine afghanischen Schüler antreten, um weit über einen herzlichen Abschied hinaus, die Abschied einiger Großen zur Propaganda-Schau zu werden zu lassen und vom Lageringang winkeln schreien die Hüpfplakate „Fredericus Rex“ I. und II. Teil. Der Propädeutische Plakat. Nur als Willensäußerung einzelner. Aber die Feindlichen verstehen die Mahnung „Seid machsam.“ Wir müssen heraus aus dem Weltkampf, triumphieren der völkerverbindende Geist, dann geht ein Wirbelsturm über die wirtschaftlich Schwachen hinweg, dann sind die Hammel, die geschlachtet werden — wir.

Die Flucht vor der Frau.

Eine Verhaftung wegen Falsheldes.

Ueber eine aufsehenerregende Verhaftung wird berichtet. Unter dem dringenden Verdacht des Falsheldes wurde gestern der ehemalige Abteilungsleiter der Zentralkaufgesellschaft, Gustav Hegu, der später auch im Reichsversicherungsamt die Stelle eines Abteilungsleiters bekleidete, von der Kriminalpolizei verhaftet. Hegu war früher Eisenbahnbeamter, mußte aber ausscheiden, weil die Führung seiner Kassengehälter zu wünschen übrig ließ. Er wohnte dann mit Frau und Kind in Leipzig, bis er seiner Frau überdrüssig wurde und von ihr waggung. Seitdem verjagte er sich in verschiedenen Stellungen. Während des Krieges wurde er durch Vermittlung eines in den Kriegsgesellschaften bekannten Bäderrevisors Abteilungsleiter der Zentralkaufgesellschaft. Auf diesem nicht unbedeutenden Posten brachte Hegu eine Privatsekretärin. Er wählte sich aus der Kreise des weiblichen Personals eine aus und trat bald zu ihr in nähere Beziehungen, die nicht ohne Folgen blieben. Unterdessen bemühte sich seine Frau verzweifelt, von ihm die Mittel zum Lebensunterhalt für sich selbst und ihr Kind zu erhalten. Hegu zahlte nicht nur nicht, sondern wechselte auch seine Stellung, um unlieblichen Austritten aus dem Wege zu gehen. Er trat zum Reichsversicherungsamt über und wurde dort ebenfalls Abteilungsleiter. Aber auch hier suchte ihn seine Frau wiederholt auf. Sie wurde auch jetzt entweder nicht vorgelassen oder auf Anordnung ihres Mannes von den Beamten wieder hinausgewiesen, wenn sie laut zu werden begann. Die maßgebenden Stellen sollen von allen diesen Dingen nichts gewußt haben, weder von den Vorgängen zwischen dem Abteilungsleiter und seiner Frau, noch von dessen Beziehungen zu seiner Privatsekretärin. Frau Hegu strengt dann die Privatklage auf Alimentierungen an. Ihr Mann leistete jedoch nach fruchtlosen Pfändungen den Offenbarungseid, weil er stellunglos und deshalb auch mittellos sei. Er wird jetzt beschuldigt, diesen Eid wissentlich falsch geschworen zu haben, weil er sich zur Zeit der Abkündigung tatsächlich noch in einer ungekündigten Stellung mit hohen Einnahmen befand. Gestern wurde er verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Einbrecher Opiß wieder geflüchtet.

Der Einbrecher Opiß, einer der berühmtesten Schwerverbrecher Berlins, der eine Strafe von 15 Jahren im Strafgefängnis zu Legel verbüßt, ist in der vergangenen Nacht wieder aus seiner Zelle geflüchtet. Opiß, der sich in einer besonders gesicherten Zelle befand, da er bereits früher erfolgreiche Fluchtversuche unternommen hatte, ist völlig nackt entflohen. Er hat die Gitter seiner Zelle durchgesägt und ist ohne irgendeine Kleidung mitzunehmen, durch das Fenster der Zelle entkommen. Auf welche Weise es ihm gelungen ist, sich in den Besitz der Werkzeuge zu setzen, ist bis jetzt noch nicht geklärt. Die Verfolgung des Verbrechers wurde noch in der Nacht aufgenommen, doch fehlt bis zur Stunde jede Spur. Opiß, dem eine Reihe schwerer Einbrüche zur Last gelegt wird und der in den allergeringsten und verächtlichsten Einbrechern gehört, ist zuletzt am Potsdamer Platz verhaftet worden.

Neue Fünfhundertmarkheine.

Da der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 500 M. ausgegeben werden. Sie sind 90 x 174 Millimeter groß und in einseitigem Druck auf Papier mit Wasserzeichen hergestellt. Vom 1. Januar 1923 ab kann diese Banknote aufgerufen und unter Umtausch gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden. Daneben wird eine zweite Ausgabe mit dem Aufdruck 1. April 1923 hergestellt. Rechts und links neben den Unterschriften stehen die Kontrollstempel mit dem Reichsadler und der Umschrift „Reichsbankdirektorium * 500 M.“ Links quer steht dreizehlig der Strafzahl, rechts quer die farbige Nummer; sie ist rot bei der ersten, grün bei der zweiten Ausgabe. Das Papier enthält rechts dunkelrote Fasern auf himmelblau getöntem Grunde. Die Rückseite ist frei von Druck und Fasern. Hält man die Note gegen das Licht, so erscheint auf der linken Seite, ein gut ausgeprägtes, von oben nach unten verlaufendes Wasserzeichen, das sich aus zwei feilartig verschlungenen Bändern zusammensetzt. Von diesen trägt das eine mit dunkler Randbegrenzung, die helle Wertzahl „500 M.“, das andere, umgekehrt mit heller Randbegrenzung, die dunkle Aufschrift „500 M.“. Bei der Durchsicht ist die Eigenart des Papierpapiers gut zu erkennen, auch werden diejenigen Fasern deutlich sichtbar, die infolge feinerer Einbettung in die Papiermasse sonst nicht wahrzunehmen sind.

Umbau des Bahnhofes Pappestraße.

Auf dem Bahnhof Pappestraße, der einen Ring- und Vorortbahnsteig besitzt, haben sich besonders während des letzten Berufsverkehrs Unzulänglichkeiten ergeben, die jetzt durch einen Umbau beseitigt werden sollen. Besonders stark ist auf diesem der Uebergangsvorkehr von der Ring- zur Vorortbahn und umgekehrt, und infolge der baulichen Anlagen müssen jetzt die Umsteigenden zwei Sperrungen passieren, was naturgemäß den Verkehr hemmt und

verzögert. Es geht nun, den Umsteigerverkehr von allen Sperrungen zu befreien, und da wird nun, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ mitteilt, nach den Plänen des Regierungsbaumeisters Wolf der Zugang von der Pappestraße geteilt. Die untere Hälfte des Zugangstunnels dient dem Einsteigerverkehr und führt zu den Fahrkartenschaltern, von deren Borträumen je eine Treppe zum Ring- und Vorortbahnsteig leitet. Die obere Hälfte des Tunnels, die nun ganz innerhalb der Sperrungen liegt, dient lediglich dem Umsteigerverkehr, so daß nun die Reisenden ohne jede Hemmung und ohne die Fahrkarten vorzeigen zu müssen, von einem Bahnsteig auf den anderen gelangen können. Den in Pappestraße Einsteigenden mit Fahrkarte entsteht durch diese Änderung allerdings ein kleiner Umweg von etwa 50 Metern, die sie (im unteren Tunnel) bis zur Schalterhalle und dann (durch den oberen Tunnel) zurück zum Bahnsteig gehen müssen; diese geringe Belastung ist jedoch unermesslich und scheint begründet, da der Umsteigerverkehr etwa das 1½fache des Umsteigenden zu erleichtern. Der Umbau, mit dem Arbeiten begonnen wird, dürfte in etwa zehn Wochen beendet sein.

Weinflaschen gesucht!

Ein erheblicher Mangel an Wein- und Kognakflaschen besteht. Oder haben sich die Weintrinker so vermehrt? Beides ist richtig. Der Mangel trat ein, weil die Glasflaschen enorme Preise verlangen. Die Weinhändler und Weingroßhandlungen kaufen daher Flaschen von Verbrauchern auf, was sie nur an sich bringen können. Das beste Geschäft macht der Hausierer, der nicht mehr als 3-5 M. für die gewöhnliche Weinflasche bezahlt. Inerenten bieten schon 6-10 M. an. Große Weinhandlungen zahlen für die von ihnen gelieferten Flaschen 15-30 M. zurück. Eine einzige leere Flasche kostet also heute mehr als früher ein Duzend gefüllter Flaschen. Entsprechend hohe Preise werden für gebrauchte Korken gezahlt. Ein guter neuer Weinkork ist unter 3 M. nicht zu haben. Dags alles ist nur durch den erhöhten Weinverbrauch und die selbst für das schauerlichste Geßöll willig gezahlten Phantastepreise erklärlich.

Das Gerücht von einem Morde war gestern in Berlin-Vieltenberg verbreitet. Dort fand man einen jungen Mann im Stadtpark erschossen auf. Eine Kugel war ihm oberhalb des rechten Ohrs in den Kopf eingedrungen. Ein Trommelrevolver lag zwischen seinen Beinen. In der nächsten Umgebung der Leiche sah der Erdboden so aus, als hätte ein Kampf stattgefunden. Die Kriminalpolizei stellte mit einem Schießhahnenrevolver fest, daß nach Brand und Pulverschleim am Einschlag der Schuß aus nächster Nähe abgegeben worden ist. Der Revolver, Kaliber 9, ist ganz neu. Der tödliche Schuß ist wahrscheinlich der erste, der aus ihm abgefeuert wurde. Der Tote wurde festgestellt als ein 22 Jahre alter Kaufmann Willy Sachmann, der in einer chemischen Fabrik in der Herzbergstraße beschäftigt war. Sachmann hatte bisher in der Friedrich-Nach-Str. 6 zu Vieltenberg gewohnt und war erst am ersten d. M. in die Nähe der Herzbergstraße gezogen. Wahrscheinlich hat er sich selbst erschossen und zu diesem Zwecke den Revolver ganz neu gekauft. Die Mordkommission ist bemüht, den Tatbestand vollständig aufzuklären und forscht zunächst auch nach der Herkunft der Waffe.

Das Verschwinden eines 19jährigen jungen Mannes, Rudolf Göhler, der am 21. vorigen Monats früh ¼8 Uhr seine Wohnung, Nordstraße 89, verlassen hat, ist noch nicht aufgeklärt. Der junge Mann hat rotes Kopfhhaar, ist barlos und trägt graugrün melierter Anzug, grünen Hut, schwarze Schnürstiefel und goldene Brille. Falls irgend jemand beobachtet hat, daß ein junger Mann in obiger Zeit in dem betreffenden Stadtteile um eine Hilfeleistung gebeten oder mit Gewalt in einem Auto weggebracht worden ist, so wird dringend gebeten, die Eltern, Nordstraße 89, 2. Gartenhaus, 3 Treppen, sofort zu benachrichtigen.

Ein junges Lama im Zoo. In den Festsitzgehegen des Zoologischen Gartens beim Anstlophenhause ist dieser Tage ein Lama geboren worden, das bei aller Herlichkeit und Feinheit der Formen doch durch Größe seiner Körpermasse auffällt. Es mißt — als Neugeborenes gezählt — vom Scheitel bis zur Sohle schon 165 Zentimeter, hat eine Schulterhöhe von 75 Zentimeter und dabei nur eine Rumpflänge von 55 Zentimeter. Mit dieser Körperbeschaffenheit muß das Junge aber sehr geeignet erscheinen, der Ratten in dem schwierigen Gelände seiner natürlichen Heimat, den Gebirgen Perus und Boliviens, zu folgen. — Im Zoologischen Garten findet am morgigen Sonntag von früh an bis zum Schluß der Eintritt nur 5 M. und 2 M. für Kinder, bei großem Nachmittags-Doppelkonzert von 4 Uhr ab. Für das Aquarium 4 M. und für Kinder die Hälfte.

Die Einsegnung von Almut Cauer findet statt am Montag, 7. August, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße. (Verbindungen: Untergrundbahnhof Fehrbelliner Platz, Straßenbahnlinie G.) Die Trauerrede wird Pfarrer Withold-Stahn halten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Mitte. Sonntag, den 6. Aug.: Großes Sommerfest in den Strandbädern der Trauerer Almshaus. Anfang 3 Uhr. Billets noch an der Kasse zu haben.
- 2. Abt. Die Bezirksvereine haben noch heute die Billets zur Verfassungsfeier vom Kassierer, Genossen Ben, Bernack, 24, abzuholen.
- 3. Abt. Steglitz. Die Mitgliedslisten zur Verfassungsfeier im Circus Busch sind durch die Bezirksleiter Sonntag vormittag vom Genossen Hoch, Adenstedt, 44a (nicht Grunacher), abzuholen.

Arbeitersport.

Arbeitersport- und Sportklub Nr. 1, Bezirk VI. Eilmittag Teilnehmer am Dauerlaufwettbewerb pünktlich 12 Uhr im Hummerhagen Seebad sein. Späterkommende werden vom Start ausgeschlossen.

Achtung, Kanusportler! Alle Sportarten haben sich zu Arbeitersportvereinen zusammengeschlossen, nur der Kanusport nicht. Viele Arbeiter, die diesen edlen Sport treiben, treten ziellos herum, da sie keinen eigenen Verband haben und schließlich auf die blauen Vereine angewiesen sind. Es soll nun ein Bund gegründet werden, und der Unterzeichnete fordert alle gleichgesinnten Kanusportler mit eigenem Boot auf, sich an ihn zu wenden. Pankow, Berlin, Marktstraße 47.

Korn- und Sportverein „Fichte“, Berlin, Sonntag, den 6. August, auf den Sportplätzen Treptow, Köpenicker Landstraße, Reinickendorf am Schillersee, Mariendorf an der Rennbahn; Sommerfest des Vereins. Turnische, sportliche Vorführungen sowie Wettkämpfe kommen zum Ausdruck. Wie erwartet die Unterstützung des Sportvereins Berlin.

Arbeitersportverein Berlin. Oberpostdirektion am Sonntag, den 13. August: Altbreda-See, dem berühmten Spreewaldsee (Teipe-Horchen) 1888-1890. Altbreda-See, dem berühmten Spreewaldsee (Teipe-Horchen) 1888-1890. Altbreda-See, dem berühmten Spreewaldsee (Teipe-Horchen) 1888-1890.

Theater der Woche.

Vom 6. August bis 12. August.

Vollkammer: 6. Die Wölfe, 7. bis 14. Carmen. — Deutsches Theater: 6. und 7. Der Hund der Coblenzerinnen, 8. bis 13. Das Glas Wasser. — Kammeroper: 6. und 7. Tolmasch, Die ewig lächelnde Frau, 8. bis 13. Es ist an allem Schuld, Die ewig lächelnde Frau. — Ring-Theater: Der Schiffsputzmann. — Theater L. d. Königsberger Straße: Die wunderbaren Geschichten des Papstmeisters Reider. — Schiller-Theater: Die Prinzessin. — Großes Schauspielhaus: 6. bis 10. Die Waisenväter, 11. bis 13. Der Mann in der Welt. — Die Freiwille: Der weiße Witz und die schwarze Banterfische. — Deutsches Künstlertheater: Die erste Nacht. — Komödienhaus Berlin: Berliner Theater: Madame Pitt. — Finken-Theater: Eine Frau ohne Bedeutung. — Arbeiter-Theater: Fieber. — Central-Theater: Ein Brautpaar. — Theater in der Kommandantenstr.: Liebe und Kommandanten. — Komische Oper: Der Weiber vom Westmorland. — Metropol-Theater: Die Ballade. — Neues Operntheater: Die Waise von Deros. — Thalia-Theater: Prinz von Juan. — Theater am Kolonnenplatz: Verlobte Leute. — Theater des Westens: Die heimliche Braut. — Neues Theater: Der Gefäßball. — Cello de Weidt. — Theater des Ostens (Rosa-Theater): So leben wir. — Kallio-Theater: Am 11. Augustmanns Dammlichter. — Intimen Theater: Die bodende Amphibie. — Kauf doch nicht immer noch herum. Die Weltliche und ... J. Gubow, es blüht. — Theater am Kurfürstendamm: Der schwarze Vetter.

Kampfbühnenstellungen: Vollkammer: 6. 12. und 13. Der ... — Neues Theater: Die Hochachtung.

Gewerkschaftsbewegung

Deutschnationale Freiheit.

Dem Angestelltenrat der Firma Karl Zeiß in Jena von der Ortsgruppe Jena des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestellter (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) folgendes Schreiben zu: „Da den Arbeitern im Zeiß-Werk auf Grund der Vereinbarung vom 9. Juli 1922 die Demonstrationsstunden vom 27. Juni 1922 (Mathemau-Nord) bezahlt werden, bittet der unterzeichnete Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter (D.N.H.) den Angestelltenrat, die Geschäftsleitung der Firma Karl Zeiß zu ersuchen, denjenigen Angestellten, die nicht demonstriert, sondern gearbeitet haben, diese Zeit als Überstunden zu bezahlen (!), so daß hier ein Ausgleich für die Arbeitswilligen geschaffen wird und der Kreis der Angestellten, der geonnen ist, unseren Betrieb in Zukunft vor derartigen Erschütterungen zu bewahren, erheblich zunimmt.“

Wir bitten, unser Ersuchen als Antrag zu behandeln. Mit Gruß Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter für Jena u. Umgebung, gez. Klouda, 1. Vorsitzender.“

Der Rat, einen derartigen Antrag zu stellen und in dieser Form zu begründen, blieb dem D.N.H. (Gesamtverband kaufmännischer Angestelltergewerkschaften), dessen führende Seele der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (D.H.B.) ist, vorbehalten.

Millionen von Arbeitnehmern demonstrieren in selbstloser Weise zum Schutze der bedrohten Republik. Die G.H.L. (Gemeinschaft der Arbeitswilligen) gegen die Republik demonstrieren, fordern dafür obendrein eine besondere Bezahlung! Einfach rührend ist die Sorge für den Betrieb, der in Zukunft vor derartigen Erschütterungen — wie die Demonstration am 4. Juli — bewahrt bleiben soll. Die Sorge der großen Masse der Arbeiter und Angestellten, das durch Reichs- und Staatsfeindliche Kundgebungen unter Mithilfe deutscher nationaler Handlungsgehilfen bedrohte republikanische Staatswesen in Zukunft vor derartigen Erschütterungen, wie sie durch die Ermordung Rathenaus heraufbeschworen wurde, zu bewahren, gilt solchen „deutschnationalen“ Helden als Ruhmred. Sie wollten für ihre Arbeitswilligkeit gegen die Republik extra bezahlt werden. In der Tat, sie haben ein paar Judasgrößen reichlich verdient! Ihre Hintermänner sollten sie ihnen nicht schuldig bleiben.

Behördenangestellte und D. S. B.

Man schreibt aus den Kreisen der Behördenangestellten: Über den nationalitätshonorig-antidemokratischen Charakter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes besteht nach allem kaum mehr ein Zweifel. Diese Organisation hat nun auch Mitglieder als Angestellte bei den Behörden. Als es galt, gegen den Reichsmord als Waffe im politischen Kampfe zu demonstrieren gegen die reaktionär-nationalistischen Treiber, für die Demokratie und Republik, da waren diese Herren größtenteils verhindert. Es ist daher notwendig, sie sich gelegentlich näher anzusehen. Haben sie sich im Dienste der republikanischen Behörden nicht wohl, kann nicht es ihnen frei, diesen Dienst zu quittieren, zumal sie nicht wie die ihnen geminnungsverwandten Beamten auf „verbriefte Rechte“ pochen können. Mißbrauchen sie aber ihre Stellung zur Förderung ihrer politischen regierungseindlichen Pläne, dann muß ihrem Treiben ein Riegel vorgeschoben werden.

Insbesondere beim Abbau in den Behörden müßte darauf Bedacht genommen werden. Das kann natürlich nur dann geschehen, wenn die Entlassung überflüssig gemordener Angestellter nicht in den Händen derjenigen Beamten bleibt, die dieses Treiben selber begünstigen und die deshalb lieber drei republikanisch gekannte Angestellte entlassen als einen ihrer Lieblinge vom D.H.B., die ihnen als Werkzeuge geeignet erscheinen. Die Auswahl müßte schon zuverlässigen Republikanern überlassen werden, die bei gleicher Qualifikation die unzuverlässigen Elemente in erster Linie ausschneiden. Den Betriebsräten müßte daher von den Ministereien bei notwendigen Entlassungen ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Den Angestellten, die noch Mitglied im D.H.B. sind, weil sie ihre erworbenen Mitgliedschaftsprisprüche nicht preisgeben wollen, die jedoch mit der ganzen Richtung des D.H.B. längst nicht mehr einverstanden sind, müßte schon der Austritt aus dem D.H.B. nahegelegt werden.

Als schäblicher republikanischer Angestellter kann man solche Organisationsgebilde nicht noch unterführen. Die Anwartschaft auf etwaige Freiungen durch den D.H.B. kann man ruhig missen. Nur die freien Gewerkschaften bieten Gewähr für den Schutz der Republik. Darum heraus aus dem D.H.B., hinein in die freien Gewerkschaften!

Lohnzulagen für die Metallformer.

In einer Versammlung der Metallformer und Berufsgenossen am Freitag in Graumanns Festsaal berichtete Branchenleiter Bredow über die Lohnverhandlungen mit den Vertretern des Vereines Berliner Metallgießereibesitzer. Diese erklärten sich schließlich bereit, für die Zeit vom 26. bis 31. Juli auf alle Stundenlöhne eine Nachzahlung von 2 M. zu bewilligen, ferner für die Zeit vom 31. Juli bis 13. August auf alle bestehenden Stundenlöhne einen Zuschlag von 10 M. und vom 15. bis 26. August eine weitere Zulage von 2 M. zu machen.

Die zurzeit gezahlten Stundenlöhne betragen in den bestehenden drei Klassen: 31,15 M., 29,50 und 28,95 M.

Den Akkordarbeitern soll ebenfalls eine feste Stundenzulage von 10 und weiter die von 2 M. gewährt werden.

Nach längerer Aussprache wurde das Angebot der Arbeitgeber von der Versammlung angenommen. Von der Verhandlungskommission wurde aber eine Regelung der Lehrlingsfrage bei der nächsten Lohnverhandlung verlangt.

Den Schluß der Versammlung bildete ein Vortrag des Naturheilkundigen Riemann.

Kein Streik der Gemeindegewerkschaft der Niederlausitz.

Der drohende Streik der Gemeindegewerkschaft im Tarifgebiet der Niederlausitz ist durch Verhandlungen der Tarifparteien abgewendet worden. Am 2. August sind die Löhne für Juli und August neu vereinbart worden. Die Vertreter der Arbeiter erkannten die Abmachungen sofort an, hoffentlich werden auch die Stadtverordnungen zustimmen. Die vereinbarten Stundenlöhne betragen in der Ortsklasse I im Juli für Handwerker 24,35 M., im August 32 M. In Ortsklasse 2 im Juli 23,60 M., im August 31,20 M. Angelernte Arbeiter 23,45 M. und 31,10 M., bzw. 22,75 M. und 30,40 M. Ungelernte 22,65 M. und 30,30 M., bzw. 21,85 M. und 29,50 M. Für Frauen: Gelehrte 15,95 M. und 21,65 M., bzw. 15,70 M. und 21,40 M., Angelernte 15,70 M. und 21,40 M., bzw. 15,45 M. und 21,15 M. Ungelernte 15,45 M. und 21,15 M., bzw. 15,20 M. und 20,90 M.

Zum internationalen Bergarbeiterkongreß.

Der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterverbandes trat gestern in Frankfurt a. M. zur Vorbereitung der Verhandlungen des Bergarbeiterkongresses unter dem Vorsitz des Engländers Herbert Smith, Mitglied des Unterhauses, zusammen. Es werden etwa 150 Delegierte erwartet. Die Anwesenheit der Amerikaner dürfte dem Kongreß Veranlassung geben, zu dem Zustand der Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung steht auch das Verhältnis der in Innsbruck gegründeten Internationalen der christlichen Bergleute zu dem Allgemeinen internationalen Bergarbeiterverbande.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik scheint seinem Ende näher gekommen zu sein. Nach einem Telegramm aus Edinburgh haben mehrere schottische Kohlenbergwerke aus Amerika telegraphische Abbestellungen erhalten.

